

# Beschluss der Kreiskonferenz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen 19. April 2008 in Riesa

## Antragsteller:

Landesvorstand

## Bemerkungen:

Einstimmig beschlossen

## Politikwechsel von unten

### Kommunalpolitische Erklärung zu den Kreistags, Bürgermeister- und Landratswahlen in Sachsen

Am 8. Juni werden in Sachsen sowohl neue Kreistage als auch Landräte und in vielen Städten und Gemeinden die Bürger- und Oberbürgermeister gewählt. Seit der Wende setzen wir uns aktiv innerhalb und außerhalb der Räte für eine ökologische, soziale, gerechte und transparente Kommunalpolitik ein. Wie keine andere Partei steht Bündnis 90/DIE GRÜNEN für die Leitbilder der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, d.h. solidarisch zu leben und zu wirtschaften, so dass wir kommenden Generationen keine Lasten aufbürden. Das gilt vom sorgsamem Umgang mit den Ressourcen über die Sozial- und Bildungspolitik bis hin zu einer soliden Haushaltspolitik.

Wir haben uns in diesem Jahr zum Ziel gesetzt,

- den Wählerinnen und Wähler mit möglichst vielen – auch parteiunabhängigen - Kandidatinnen und Kandidaten, ein attraktives Angebot zu unterbreiten,
- in allen Kreistagen in Fraktionsstärke vertreten zu sein,
- mit kompetenten Personen in einzelnen Orten und Kreisen für kommunale Spitzenämter zu kandidieren und
- die Vorherrschaft der CDU in den ländlichen Regionen Sachsens zu beenden.

Den Wahlkampf wollen wir auch nutzen, um gemeinsam mit Vereinen und Bürgerinitiativen über die NPD und ihren menschenverachtenden Rassismus aufzuklären.

Bei der Neugliederung der Landkreise und bei der Funktionalreform wurden die Grundsätze einer demokratischen, bürgernahen und sachgerechten Verwaltungsgliederung durch die Landesregierung missachtet. Statt in Protest dazu, den Wahlen fernzubleiben, rufen wir die Bürgerinnen und Bürger auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Kommunale Wahlen sind ein zentrales Element der Demokratie. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Demokratie und schwächt den Rechtsextremismus.

### Klimaschutz

Sachsen ist durch den Klimawandel besonders verwundbar. Die Klimamodelle für den Freistaat zeichnen ein bedrohliches Bild und bestätigen unsere - seit vielen Jahren erhobene - Forderung,

dass der Klimaschutz auf allen Ebenen der Politik und des Verwaltungshandelns ein zentrales Element sein muss. Dies sind wir auch den nachfolgenden Generationen und den Menschen in anderen Teilen der Welt schuldig. „Global denken – lokal handeln“, unser alter Leitsatz ist aktueller denn je.

Energieeinsparung, Einsatz von effizienter Energietechnik und massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien sind nicht nur Maßgaben für die Bundes- und europäische Ebene, sondern auch für Kommunen und Kreise.

Kommunaler Klimaschutz sorgt für Aufträge und Wertschöpfung in der Region, Arbeitsplätze im Handwerk und für Ingenieure und Dienstleister können geschaffen und gesichert werden. Sächsische Gemeinden liefern Beispiele, dass die Energieversorgung aus der Abhängigkeit von den fossilen Energieträgern befreit werden kann. Der erste Schritt dazu ist die energetische Sanierung der kommunalen Gebäude, durch die schon heute viel Geld gespart werden kann. Öffentliche Einrichtungen sollten ein Beispiel geben und ihre Stromversorgung auf Erneuerbare Energien umstellen; von kommunalen Stadtwerken erwarten, dass sie zertifizierten Ökostrom anbieten.

### **Verkehrspolitik und Siedlungsentwicklung**

Seit der Wende ist der Freistaat Sachsen beim Flächenverbrauch Spitzenreiter, täglich wird die Fläche mehrerer Fußballfelder versiegelt. Immer mehr Discounter, Bau- und Möbelmärkte entstehen an den Ortsrändern und an Bundesstraßen unserer Städte und Dörfer. Jede Region Sachsens hat ihre eigene Ästhetik, doch Penny, Lidl, Aldi, MC Donalds und Co. rauben den Städten ihre Individualität. Die Einkaufsmärkte vor den Toren der Städte haben neuen Autoverkehr erzeugt und unsere Ortskerne zum Teil veröden lassen.

Für uns Grüne hat die Entwicklung des Innenbereichs absoluten Vorrang vor der Ausweisung neuer Bauflächen im Außenbereich. Dazu gehört die innerstädtische Verdichtung ebenso wie intelligente Nutzung leer stehender Bauten. Attraktive Orts- und Stadtzentren sind der Schlüssel dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger dort gerne aufhalten und der Handel und die Dienstleistungen in den Innenstädten gestärkt werden. Wir treten dafür ein, dass Busse und Bahnen, der Rad- und Fußgängerverkehr Vorfahrt erhalten. Weniger Schadstoffe, weniger Lärm und weniger Folgekosten sind dafür eindeutige Argumente.

### **Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Ökolandwirtschaft ist besser für den Boden, die Luft, das Wasser, die Tiere und unsere Gesundheit. Ökologische Landwirtschaft verzichtet auf Gentechnik und erzeugt bis zu 50 Prozent weniger klimaschädliche Emissionen als die konventionelle Landwirtschaft und sichert dabei mehr Arbeitsplätze. Bio-Produkten gehört die Zukunft, der Absatz wächst seit Jahren zweistellig.

Der globalen Verantwortung wollen wir im öffentlichen Beschaffungswesen, etwa bei Baumaßnahmen und dem Kauf von Verbrauchsgütern, gerecht werden. Tropenholz und Produkte, die aus Kinderarbeit stammen, sind für uns tabu. Bei kommunalen Bauvorhaben werden wir die Verwendung von Holz aus heimischen Wäldern deutlich erhöhen. Das schont unser Klima, weil somit CO<sub>2</sub> langfristig gebunden wird und schafft weitere Arbeitsplätze direkt in der Region. Wir wollen, dass in öffentlichen Einrichtungen biologisch erzeugte Lebensmittel angeboten werden.

Eine besondere Bedeutung kommt dem Wald zu, der mehr ist als die Summe aller Bäume. Bei der Bewirtschaftung der kommunalen Wälder müssen neben den ökonomischen auch die ökologi-

schen und sozialen Belange berücksichtigt werden. Deswegen fordern wir für die Gemeindeglieder in Sachsen die Zertifizierung nach dem auch von den Umweltverbänden anerkannten FSC Siegel.

### **Bildung und Leben mit Kindern**

Die Zukunft unserer Gemeinden hängt wesentlich davon ab, ob wir Lebensraum für Kinder schaffen und den Aufbruch in der Bildungspolitik wagen. Kinderfreundlichkeit muss sich zunächst einmal in der Stadtentwicklung, dem Ortsbild und in der Verkehrspolitik niederschlagen. Weiter ist es notwendig, sich in den Gemeinden frühzeitig auf die Veränderungen in der Bildungslandschaft einzustellen, die durch den demographischen Wandel und eine moderne Schulpädagogik unausweichlich geworden sind.

Wir Grüne wollen dafür einstehen, dass unsere Gemeinden aktiv überall, wo sie Einfluss auf lokale Bildungsinstitutionen haben, die Weichen stellen für optimale, vernetzte „Lernräume“. Die Mittelanforderungen der Schulen müssen in den kommunalen Haushalten Priorität genießen. Wir wollen in den Gemeinden eigene Projekte und die Vernetzung in der Berufsausbildung stärken. Kein Jugendlicher darf ohne Ausbildungsplatz bleiben. Wir fordern nötigenfalls die Ausbildung in den öffentlichen Einrichtungen über Bedarf anzubieten. Wir wollen kommunale Volkshochschulen in die Lage versetzen, neben marktgängigen auch erweiterte innovative Angebote zu schaffen, z.B. in der politischen Bildung. Wir unterstützen Initiativen zur Förderung alternativer Bildung und reformpädagogische Schulprojekte.

Bildungsinstitutionen und ein hohes Ausbildungsniveau in einer Gemeinde schaffen Arbeitsplätze. Wir treten deshalb dafür ein, die Schule im Dorf zu lassen. Werden Schulen geschlossen, bleiben Familien fern, verliert der Ort oder der Stadtteil an Lebendigkeit und Attraktivität. Um mehr Unterstützung für Familien auch in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen, wollen wir die Kinderbetreuung von der Krippe bis zur Schule weiter in ihrer Vielfalt verbessern.

Durch eine Übergangsregelung wollen wir Kommunen in die Lage versetzen, schon heute schulförm- und jahrgangsübergreifenden Unterricht anzubieten. Unser langfristiges Ziel ist eine Schule für alle Kinder von der 1. bis zur 8 Klasse, an die sich eine gymnasiale Oberstufe oder eine Berufsausbildung anschließt.

### **Arbeit und Wirtschaft**

Ein ausreichendes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist ein wichtiges Kriterium für die Attraktivität einer Kommune. Sie werden überdurchschnittlich oft von kleinen und mittleren Unternehmen und UnternehmensgründerInnen geschaffen. Bündnis 90/Die Grünen treten deshalb für die bestmögliche Unterstützung dieser Unternehmen ein. Es muss sichergestellt werden, dass die Verwaltungen die berechtigten Anliegen der Unternehmer schnell unterstützen („One-Stop-Agency“). Wir GRÜNE setzen auf die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe. Vor allem in den Bereichen Energie, Bio-Lebensmittel und sanfter Tourismus gibt es in Sachsen noch ein großes Potenzial. Wir wollen, dass die regionale Arbeitsmarktpolitik in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen und ihre Möglichkeiten konsequent genutzt werden.

### **Kommunale Finanzen**

Die Schulden, die heute von den Kreisen und Kommunen gemacht werden, müssen morgen samt Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden. Wir GRÜNE treten deshalb dafür ein, keine neuen Schulden zu machen und alte Schulden zu tilgen. Bei den Ausgaben und Investitionen der Kommunen gilt es, genau und doppelt hinzuschauen: sind sie nötig und welche Folgekosten ergeben sich daraus? Bei vielen Investitionen geht es auch eine Nummer kleiner. Auch Kooperationen über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg helfen sparen. In der Finanzpolitik müssen sich die politischen Prioritäten widerspiegeln: Klimaschutz, soziale Stabilität und Bildung haben Vorrang.

Damit die Kommunen auch künftig ihre Aufgaben erfüllen können, muss eine dauerhaft sichere finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden sichergestellt werden.

### **Kommunale Daseinsvorsorge**

Im Zuge des allgemeinen Trends zu Liberalisierung und Privatisierung wird immer wieder der Ruf nach dem Verkauf kommunaler Infrastruktur laut. Internationale Konzerne wollen kommunale Wasserwerke kaufen oder im Rahmen sogenannter öffentlich-privater Partnerschaften bislang öffentliche Leistungen übernehmen. Wir GRÜNE wollen, dass die Kommunen auch in Zukunft die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe - zugänglich -und bezahlbar- in eigener Regie behalten. Wir setzen dabei auf demokratisch kontrollierte und transparente Strukturen. Eine Politik, die Gewinne privatisiert und Zuschussgeschäfte in öffentlicher Hand belässt, lehnen wir ab. Das Vertrauen in die Politik und in die Demokratie hängt auch davon ab, dass die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen für alle zugänglich bleibt.

### **Soziale Sicherheit**

Auch in Sachsen wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Kinder, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Menschen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung, Frauen im Alter und MigrantInnen sind besonders häufig von Armut betroffen. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Hintergrund zu besseren Lebenschancen zu verhelfen. Eine bessere frühkindliche Bildung, mehr individuelle Förderung in der Schule und Hilfe beim Übergang in die Arbeitswelt, sind die besten Mittel, um künftige Armut zu verhindern. Für uns bedeutet die Bekämpfung von Armut vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen, dass die Kreise und Kommunen die Menschen dabei unterstützen, Selbstverantwortung zu übernehmen und ihnen somit gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen.

### **Geschlechtergerechtigkeit**

Wir GRÜNEN setzen uns für gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Frauen und Männer ein. Wir stehen für eine moderne Gleichstellungspolitik, die wir als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern sehen: In der Stadt- und Verkehrsplanung, bei der Wirtschaftsförderung, bei den Angeboten für Jugendliche, bei kommunaler Gewaltprävention. Gleichzeitig halten wir die Weiterentwicklung einer modernen und eigenständigen Frauenpolitik für unerlässlich. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in den Kreisen und Kommunen im Freistaat Sachsen noch lange nicht erreicht. Immer noch treffen Frauen etwa in der Berufswelt auf höhere Hürden wie Männer und erhalten weniger Lohn für gleiche Arbeit. Immer noch beantworten Frauen die Frage nach Vereinbarkeit von Familie und Berufsausübung überwiegend alleine. Sie übernehmen die Hauptverantwortung in der Kindererziehung und in der Pflege von Angehörigen. Die Kommunen können deutlich dabei mithelfen, Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herzustellen: Durch eine konsequente Gleichstellungspolitik und durch die Überprüfung, wie sich die Beschlüsse, Maßnahmen

und Entscheidungen auf Männer und Frauen auswirken. Das gilt insbesondere für die Haushaltspolitik der Kreise, Städte, und Gemeinden.

### **Lebensqualität im Alter/Demografischer Wandel**

In einer alternden Gesellschaft bestimmt die Frage, was alte Menschen brauchen, die kommunale Politik immer stärker. Wir wollen, dass die Menschen in ihrem angestammten Umfeld bleiben können. Die Selbstversorgung muss durch kurze Wege und eine gute medizinische und pflegerische Versorgung sichergestellt werden. Die Teilhabe der SeniorInnen am öffentlichen Leben ist ein Ziel GRÜNER Politik. Insbesondere gilt es, die Mobilität älterer Menschen zu sichern, z.B. durch flexible Angebote wie Rufbusse. Moderne Formen der Gesundheitsversorgung wie die mobile Gemeindegewerkschaft mit Laptop und die Telemedizin können helfen, älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben in ihrem vertrauten Zuhause zu ermöglichen.

Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Sachsen sind sehr unterschiedlich. Weite Teile wie die Lausitz und das Erzgebirge sind bereits jetzt seit Jahren mit einem Bevölkerungsrückgang konfrontiert, während für die urbanen Zentren Wachstum prognostiziert wird. Alle Regionen müssen sich auf die Veränderung der Altersstruktur ihrer Einwohner einstellen. Je früher die Kreise sich darauf einstellen, desto zukunftsfähiger sind sie. In allen Politikbereichen bedarf es einer realistischen Planung, die nicht auf unreflektierte Wachstumsillusionen setzt. Diese Botschaft ist noch nicht von genügend Verantwortlichen verstanden worden.

### **Raum für die Jugend**

Wir GRÜNE wollen in die Zukunft investieren und setzen daher auf einen konsequenten Ausbau der Infrastruktur für Jugendliche und breite kommunale Unterstützung der Jugend mit ihrer kulturellen Vielfalt. Jugendzentren müssen in die Mitte der Kommune und dürfen nicht an den Rand gedrängt werden. Die Jugend braucht Treffpunkte zum Abhängen und Austauschen, zum Reden und Zuhören. Die öffentlichen Plätze wären dafür der erste Anlaufpunkt, bleiben aber der Jugend zu oft versperrt. Hierzu zählt auch der Erhalt von „Jugendspielplätzen“ wie beispielsweise Bolz- oder Beachvolleyballplätzen in den Wohngebieten. Wir wollen, dass die Jugend Eigenverantwortung übernehmen und ihre Probleme selbst regeln kann. Jugendinitiativen 204 und vor allem Jugendparlamente die mit echten Mitentscheidungsbefugnissen ausgestattet werden und demokratisch legitimiert sind, sind dabei entscheidende Faktoren, die es auf- und auszubauen gilt.

### **Weltoffenes Sachsen**

In Sachsen liegt der Anteil der MigrantInnen weit unter dem deutschen Durchschnitt, in den ländlichen Regionen ist er besonders niedrig. Und dennoch, oder vielleicht deshalb, ist Fremdenfeindlichkeit ein weit verbreitetes Phänomen, das sich auch, aber nicht nur, in offenem Rassismus und Gewalt niederschlägt.

Nicht nur das Abschneiden der NPD bei der Landtagswahl hat gezeigt, dass der Rechtsextremismus in Sachsen ein flächendeckendes Problem ist. Rechtsextremismus steckt in den Köpfen und ist in Teilen der Jugend bereits zur Alltagskultur geworden. Diese Entwicklung wollen wir zurückdrängen.

Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung für Liberalität und Toleranz, damit Ausgrenzungen von Bürgerinnen und Bürgern wegen ihrer Hautfarbe, ethnischen Zugehörigkeit, ihrer

Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Orientierung in Zukunft nicht mehr möglich sind. Die vielen lokalen und regionalen Initiativen und Bündnisse gegen Rechtsradikalismus und für Zivilcourage sind ermutigend und verdienen unsere größtmögliche Unterstützung.

Ein friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen bereichert unser gesellschaftliches Leben und bedroht niemanden. Damit das Zusammenleben verschiedener Kulturen auch gelingt, darf Integration keine Einbahnstraße sein. Sie setzt sowohl für Deutsche als auch für EinwanderInnen die Bereitschaft zur Veränderung und zum Lernen voraus.

### **Stärkung der kommunalen Identität durch Kultur**

Kultur ist identitäts- und friedensstiftend und trägt zu einem verträglichen und toleranten Miteinander in den Städten und Gemeinden bei. Durch die Stärkung ihrer kulturellen Szene sowie durch die Förderung kommunaler Kulturnetzwerke kann eine Kommune viel gewinnen. Dazu ist es nötig auf ein ausgewogenes Verhältnis von sog. Hochkultur und Basiskultur zu achten sowie die Angebote kostengünstig und niederschwellig anzubieten. Kinder- und Jugendkultur sollte kostenfrei angeboten werden.

Kultur ist einer der Motoren der Gesellschaft. In der Kommune ist sie ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft, die zunehmend neben fachlicher Qualifizierung auch kulturelle und interkulturelle Kompetenz und Rahmenbedingungen braucht. Dieses Potenzial dürfen die Städte und Gemeinden nicht ungenutzt lassen. Kulturelle Grundbildung für Kinder und Jugendliche sowie allgemeine kulturelle Bildung als Teil des lebenslangen Lernens sind nötig, um die Probleme, die in Zukunft auf die Kommunen zukommen, zu lösen.

### **Mehr Demokratie in den Kreisen und Kommune**

In den sächsischen Kreisen und Kommunen bestehen oft erhebliche Demokratiedefizite. Viele Entscheidungen werden im stillen Kämmerlein vorbereitet, in nicht-öffentlichen Sitzungen gefasst und den Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend dargelegt. Das Miteinander vor Ort lebt jedoch von der Möglichkeit der Bürgerinnen und Bürger, mitzubestimmen und sich engagieren zu können. Wir GRÜNE wollen die Menschen, die schließlich unmittelbar von den Entscheidungen der Kommunalparlamente betroffen sind, so eng wie möglich in die Entscheidungsprozesse einbinden. Das ist gerecht, demokratisch und bürgernah. Demokratie wird durch Bürgerbeteiligung gelebt. Dazu gehören Transparenz und eine offensive Informationspolitik sowie die Stärkung regionaler Initiativen und Institutionen wie Agenda-Gruppen oder Jugendparlamente. Transparenz und Beteiligung sind die besten Mittel gegen Politikverdrossenheit.

Für uns Grüne sind bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit wesentliche Bestandteile der Entwicklung für eine solidarische, weltoffene und demokratisch aktive Zivilgesellschaft. Wir setzen uns daher dafür ein, dass dies mehr als bisher anerkannt und gefördert wird. Ehrenamtliche Arbeit stärkt die Kommunen, doch sie stärkt vor allem die Bürgerinnen und Bürger selbst.